

Beschlussempfehlung und Bericht

des Haushaltsausschusses (8. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Johannes Huber, Martin Hohmann, Detlev Spangenberg, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD
– Drucksache 19/19163 –

Aufhebung der Ausschlussfrist in der Richtlinie über eine Anerkennungsleistung an ehemalige deutsche Zwangsarbeiter – ADZ-Anerkennungsrichtlinie

A. Problem

Die Richtlinie für eine Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter (ADZ-Anerkennungsrichtlinie) sieht eine zeitliche Befristung der Antragstellung bis zum 31. Dezember 2017 vor; eine Härtefallregelung ist nicht vorgesehen. Mit Stand vom 31. Dezember 2019 beantragten bislang 1.226 Personen nach dem Ablauf der Ausschlussfrist die Anerkennungsleistung.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Bei schätzungsweise 2.000 hinzukommenden neu bewilligten Anerkennungsleistungen zu je 2.500 Euro belaufen sich die Kosten auf 5 000 000 Euro. Hinzu kommen Verwaltungs- und Bearbeitungskosten.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 19/19163 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Der Haushaltsausschuss

Peter Boehringer
Vorsitzender

Martin Gerster
Berichterstatter

Klaus-Dieter Gröhler
Berichterstatter

Martin Hohmann
Berichterstatter

Christoph Meyer
Berichterstatter

Victor Perli
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Martin Gerster, Klaus-Dieter Gröhler, Martin Hohmann, Christoph Meyer, Victor Perli und Dr. Tobias Lindner

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 160. Sitzung am 14. Mai 2020 den Antrag auf **Drucksache 19/19163** zur federführenden Beratung an den Haushaltsausschuss und zur Mitberatung an den Petitionsausschuss und den Ausschuss für Inneres und Heimat überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Mit dem Antrag der Fraktion der AfD soll der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordern,

1. die Ausschlussfrist in der Richtlinie für eine Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter (ADZ-Anerkennungsrichtlinie) aufzuheben;
2. die nach dem 31. Dezember 2017 beim Bundesverwaltungsamt eingegangenen Anträge auf die Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter von Amts wegen neu zu bearbeiten und zu prüfen;
3. dem Haushaltsausschuss umgehend eine überarbeitete und entfristete Richtlinie für eine Anerkennungsleistung an ehemalige zivile deutsche Zwangsarbeiter zur Genehmigung vorzulegen.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Petitionsausschuss** hat den Antrag auf Drucksache 19/19163 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Vorlage abzulehnen.

Der **Ausschuss für Inneres und Heimat** hat den Antrag auf Drucksache 19/19163 in seiner 97. Sitzung am 1. Juli 2020 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, die Vorlage abzulehnen.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der Haushaltsausschuss hat den Antrag auf Drucksache 19/19163 in seiner 68. Sitzung am 1. Juli 2020 abschließend beraten. Der **Haushaltsausschuss** beschloss mit den Stimmen der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP, DIE LINKE. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der AfD, dem Deutschen Bundestag zu empfehlen, den Antrag auf Drucksache 19/19163 abzulehnen.

Berlin, den 1. Juli 2020

Martin Gerster
Berichterstatter

Klaus-Dieter Gröhler
Berichterstatter

Martin Hohmann
Berichterstatter

Christoph Meyer
Berichterstatter

Victor Perli
Berichterstatter

Dr. Tobias Lindner
Berichterstatter